



Vorarlberg
unser Land



Pressefoyer

Dienstag, 1. Oktober 2024

Landeshauptmann Markus Wallner

Landesrat Christian Gantner

(Wasserwirtschaftsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Thomas Blank

(Vorstand der Abteilung Wasserwirtschaft des Landes Vorarlberg)

Titelbild: ©Land Vorarlberg

Hochwasserschutz in Vorarlberg wird laufend verstärkt

Hochwasserschutz in Vorarlberg wird laufend verstärkt

Die außergewöhnlich heftigen Unwetter in Ostösterreich haben erneut verdeutlicht, wie wichtig kontinuierliche Anstrengungen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und prompt verfügbare regionale Einsatzkräfte sowie auch eine effiziente Katastrophenhilfe zur Abgeltung wirtschaftlicher Schäden sind, betonen Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Christian Gantner im Pressefoyer gemeinsam mit Thomas Blank, Vorstand der Abteilung Wasserwirtschaft im Amt der Vorarlberger Landesregierung. Wallner und Gantner verweisen auf die enorme Einsatzfähigkeit, die Vorarlberger Feuerwehren nicht nur im eigenen Land, sondern jüngst auch bei ihren Hilfeinsätzen in Niederösterreich unter Beweis gestellt haben. „Wir müssen angesichts des sich ändernden Klima damit rechnen, dass Starkwetterereignisse auch bei uns häufiger auftreten, und daher bestmögliche Vorsorge treffen. Das erfordert eine konsequente Zusammenarbeit von Gemeinden, Städten, Wasserverbänden, dem Landesfeuerwehrverband, den Rettungs- und Blaulichtorganisationen, der Versicherungswirtschaft und auch der Wildbach- und Lawinenverbauung“, sagt Wallner. Er unterstreicht das Engagement des Landes Vorarlberg bei der Gewährung von Beihilfen zur Behebung von Elementarschäden sowie die Bedeutung der Strategie des „Integralen Hochwasserschutzes“, die in Vorarlberg schon seit dem Jahrhundert-Hochwasser 2005 verfolgt und kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Den Feuerwehr-Einsatzkräften, die kürzlich aus dem Katastrophengebiet in Niederösterreich zurückgekehrt sind, sprechen Wallner und Gantner nochmals großen Dank und Anerkennung aus. Über 130 Feuerwehrleute aus verschiedenen Vorarlberger Feuerwehren haben mit Hochleistungspumpen, Schlammumpen und Beleuchtungsmaterial insgesamt 8.000 Einsatzstunden geleistet. Für Wallner und Gantner ist klar: „Einmal mehr hat sich gezeigt, dass auf unsere Feuerwehren Verlass ist. Wenn Hilfe gebraucht wird, sind unsere Feuerwehrfrauen und -männer zur Stelle – ohne zu zögern!“

Insgesamt sind in Vorarlberg mehr als 7.200 aktive Frauen und Männer in 120 Orts- und 24 Betriebsfeuerwehren organisiert. Im Jahr 2023 leisteten die Vorarlberger Feuerwehren bei 5.496 Einsätzen 101.488 Einsatzstunden. Das Netz aus regional strukturierten Einsatzkräften funktioniere hervorragend, betont Landeshauptmann Wallner: „Die dezentrale Struktur unseres Feuerwehr- und Katastrophenschutzwesens ist von unbezahlbarem Wert und muss mit aller Kraft unterstützt und erhalten werden.“ Aufgabe des Landes sei es, dafür die nötige Infrastruktur und modernes Einsatzgerät zur Verfügung zu stellen. „Die größtenteils ehrenamtlichen Einsatzkräfte leisten hochprofessionelle Arbeit und tragen damit wesentlich dazu bei, dass sich die Menschen im Land sicher fühlen und sich darauf verlassen können, dass im Ernstfall kompetente Hilfe rasch zur Stelle ist“, betonen Wallner und Gantner.

Seitens des Landes werden beträchtliche Mittel zur Unterstützung der Feuerwehren zur Verfügung gestellt: Aus dem Landesfeuerwehrfonds wurden den Gemeinden im vergangenen Jahr Beiträge für feuerpolizeiliche Aufwendungen in der Höhe von mehr als einer Million Euro gewährt. Zusätzlich wurden aus dem Katastrophenfonds, der für den Ankauf von entsprechenden Geräten bereitsteht, rund 1,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Weitere 3,7 Millionen Euro gingen an den Landesfeuerwehrverband. Darüber hinaus unterstützt das Land im Rahmen der Strukturförderung zahlreiche Anschaffungen im Feuerwehrwesen.

Der Katastrophenfonds – für Einsatzgeräte, Vorbeugung und finanzielle Hilfe für Betroffene

Den Katastrophenfonds des Bundes gibt es seit Mitte der 1960er Jahre. Die Aufgaben des Fonds wurden über die Zeit mehrfach überarbeitet und an die entsprechenden Gegebenheiten angepasst. Heute basiert er auf drei Säulen: Mittel zur Beschaffung von Einsatzgeräten für die Feuerwehren, Vorbeugungsmaßnahmen im Bereich Wildbach- und Lawinenverbauungen sowie zur Abgeltung von Schäden bei Privaten und Gebietskörperschaften.

Der größte Teil der Mittel aus dem Katastrophenfonds fließt dabei direkt an das Feuerwehrwesen. Im Jahr 2024 werden sich die Ausgaben für Kat-Einsatzgeräte der Feuerwehren bei rund 5,0 Millionen Euro bewegen, dem Feuerwehrverband werden für denselben Zweck Mittel in der Höhe von rund 0,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Aufgrund Covid-19 und Lieferschwierigkeiten in den vergangenen Jahren sind im Jahr 2024 mehr Fahrzeug- und Einsatzgerätekäufe zu verzeichnen. Auch sind vermehrt Anschaffungen für den Hochwasserschutz und für die Blackout-Vorsorge getätigt worden.

Schäden durch Elementarereignisse können sehr empfindliche wirtschaftliche, persönliche und auch psychische Belastungen bedeuten. Oft sind Menschen, die auf diese Weise ihr Hab und Gut verloren haben, komplett auf fremde Hilfe angewiesen. Daher richtet das Land Vorarlberg großes Augenmerk auf die Effizienz der Katastrophenhilfe und Schadensabgeltung. „Klar ist, wir lassen niemanden im Stich und wollen unser Möglichstes dazu beitragen, damit durch Elementarereignisse keine Existenzen vernichtet werden“, betont Landeshauptmann Wallner.

Um zumindest die wirtschaftlichen Belastungen zu verringern, gewährt das Land Beihilfen, um die Schäden nach Elementarereignissen (Hochwasser, Vermurung, Erdbeben, Lawinen, Schneedruck, Orkan, Bergsturz, Erdbeben, Hagel) wieder zu beheben. Wenn eine Schadensbehebung nicht mehr möglich ist, dann können auch Ersatzmaßnahmen notwendig sein und auch solche Aufwendungen können unterstützt werden. Das sind zum Beispiel die Ersatzbeschaffung von durch Rutschungen verwüstete Flächen oder der Kauf von Wohnungen und Gebäuden, wenn eine Reparatur von Schäden nicht mehr möglich oder wirtschaftlich sinnvoll ist.

Die Beihilfe ist daran geknüpft, dass die Geschädigten eine Beihilfe innerhalb von sechs Monaten nach dem Schadensereignis beantragen. Für die Auszahlung von Hilfen müssen Rechnungen und Zahlungsnachweise vorgelegt werden, auch Eigenleistungen können

berücksichtigt werden. Die Abwicklung erfolgt in der Abteilung Landwirtschaft und ländlicher Raum. Im Jahr 2024 sind bisher 183 Anträge um Gewährung von Beihilfen eingereicht worden. Für insgesamt 81 Fälle wurden bereits fast 500.000 Euro ausbezahlt. Die anderen 102 Fälle sind noch in Bearbeitung (laufende Schadensbehebungen, Rechnungen noch nicht eingelangt).

Die Höhe der Beihilfe ist in den Richtlinien der Vorarlberger Landesregierung geregelt:

- 50 Prozent für Elementarschäden an Gebäuden, Maschinen, Einrichtungen etc.
- 65 Prozent für die Säuberung/ Sanierung von verwüsteten/ vermuten Grundstücken
- 70 Prozent für die Behebung von Schäden an der Infrastruktur (Wege, Wasserversorgungen, Leitungsnetze ...)

In besonderen Fällen (sehr große Schäden, besondere Härten) kann die Schadensuntergrenze herabgesetzt und die Beihilfe bis auf maximal 75 Prozent angehoben werden.

Die Beihilfen für die Behebung von Elementarschäden, die durch die Bundesländer abgewickelt und ausbezahlt werden, werden zu 60 Prozent vom Bund refundiert. Beihilfen an Gemeinden betragen grundsätzlich 50 Prozent und werden zur Gänze aus dem Katastrophenfonds (BMF) bezahlt.

Millionen-Investitionen für den Hochwasserschutz

In Vorarlberg sind in den letzten 20 Jahren in Summe rund 700 Millionen Euro in den Schutzwasserbau und Maßnahmen der Wildbach- und Lawinenverbauung geflossen. Der Anteil des Landes beträgt ca. 30 Prozent. Allein heuer investieren Städte, Gemeinden und Verbände rund 49 Millionen Euro (25 Millionen Euro Schutzwasserbau, 24 Millionen Euro WLW) und werden dafür mit Landesbeiträgen von insgesamt 10,6 Millionen Euro unterstützt. „Diese Förderungen sind in den letzten drei Jahren (2022 – 2024) um fast 28 Prozent gestiegen, und es ist vorgesehen, aufgrund der wichtigen laufenden Projekte, die Landesmittel im Schutzwasserbau zur raschen Unterstützung der Gemeinden um weitere fünf Millionen Euro aufzustocken“, bekräftigt Landeshauptmann Wallner.

RHESI in den nationalen Parlamenten ratifiziert

Das größte aktuelle Projekt in Vorarlberg ist RHESI und zielt auf eine Verbesserung des Hochwasserschutzes entlang des Alpenrheins ab. Nachdem der dafür nötige Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Österreich sowie die Vereinbarung über die Aufteilung der Finanzierung des österreichischen Anteils zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg schon im Juli den Österreichischen Nationalrat passiert haben, hat nun auch das Schweizer Parlament seine Zustimmung gegeben. „Damit sollte der Weg nun frei sein, um das Projekt einreichen zu können und in die Umsetzung zu gehen“, so Wallner.

RHESI sieht vor, die Abflusskapazität des Alpenrheins von der Illmündung bis zur Mündung in den Bodensee auf 4.300 Kubikmeter pro Sekunde zu erhöhen. Mit der Umsetzung von RHESI wird der Rhein auch ökologisch deutlich aufgewertet. Auch in anderen Bereichen, z.B. als Naherholungsgebiet, bringt das Projekt einen Mehrwert.

Integraler Hochwasserschutz

„Hochwasserschutz ist eine Daueraufgabe, die auf vielfältige Weise gedacht und umgesetzt werden muss“, betont auch Landesrat Gantner. Das Konzept des Integralen Hochwasserschutzes umfasst neben dem Ausbau von Gewässern (Schutzwasserbau) auch Maßnahmen in der Raumplanung, im Katastrophenschutz sowie privaten Objektschutz.

- Im Bereich der räumlichen Vorsorge wurde mit der „Blauzone Rheintal“ eine große Freihaltefläche für den Hochwasserschutz geschaffen. „Das ist österreichweit einzigartig“, betont Gantner. Grundlage dafür waren die HQ300-Überflutungsbereiche aller Gewässer, einschließlich des Rheins. Es sind also natürliche Überflutungsflächen oder Flächen, die zukünftig für Hochwasserschutzprojekte (auch als Retentionsflächen) gebraucht werden.
- Ein unverzichtbares Element ist auch die private Vorsorge. Schon mit günstigen Maßnahmen kann bei einem Einfamilienhaus großer Schaden verhindert werden (z.B. Kellerfenster oder Tiefgaragenabfahrten vor Wassereintritt schützen; Pumpen im Keller für Grundwassereintritt). Grundsätzlich kann auch bei allen Anstrengungen der öffentlichen Hand kein 100-prozentiger Schutz garantiert werden, umso wichtiger ist die gute Information und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung. Dafür gibt es die Gefahrenzonenpläne, die bei den Gemeinden aufliegen, oder auch die Information über die Plattform HORA.
- Auch im Bereich Katastrophenschutz ist Vorarlberg vorbildlich aufgestellt. Feuerwehren, Wasserrettung und andere Hilfsdienste pflegen eine top Aus- und Weiterbildung der größtenteils ehrenamtlichen Mitglieder und zeichnen sich dadurch bei den Einsätzen durch hohe Fachkompetenz und Schlagkraft sowie durch ihre starke Motivation aus. „Unser Netz aus regional strukturierten Einsatzkräften funktioniert hervorragend. Aufgabe des Landes ist es, ihnen dafür die nötige Infrastruktur und modernes Einsatzgerät zur Verfügung zu stellen“, betont Landesrat Gantner.

Mehr Raum für Gewässer

Nach dem Jahrhunderthochwasser 2005 wurden in Vorarlberg an allen wichtigen Flüssen die Bemessungswerte für den Hochwasserabfluss angepasst, auf dieser Grundlage die Gefahrenzonenpläne erstellt und die Projekte gebaut. Auch die Wildbach- und Lawinerverbauung hat an vielen Schadgewässern den Ausbaustandard erhöht.

Dabei wurde der Grundsatz „Mehr Raum für Flüsse und Hochwasser“ verfolgt, der in der Wasserwirtschaftsstrategie definiert ist. Wo es möglich war, wurden Abflussprofile aufgeweitet (z.B. Bregenzerach in Mellau, Binnenkanal in Hohenems, Ill in Lorüns) oder wichtige

Rückhaltebecken gebaut (z.B. Bezau-Rimsbach, Rheintalbinnenkanal Altach-Hohenems, Ill in Bludesch-Gais). Dafür steht aber oft der Platz nicht zur Verfügung.

Ebenso wurde, wo der Platz dafür vorhanden war, auch die ökologische Funktion der Gewässer verbessert. Auch im Zuge von zahlreichen Renaturierungsprojekten wird dem Gewässerlebensraum mehr Platz gegeben. Das nützt auch dem Hochwasserabfluss.

Auch der jüngste Grundsatz, der in der aktuellen Bundes-Strategie geprägt wurde, wird in Vorarlberg bereits konsequent verfolgt: „Natur wo möglich, Dämme wo notwendig“. Beim nächsten großen Hochwasserprojekt an der Ill in Frastanz bis Nenzing werden alle Grundsätze des modernen Wasserbaus vereinigt: Hochwasserrückhalt, Aufweitungen, Renaturierungen; für dieses Projekt startet derzeit die UVP.

Naturgefahren-Information: Gefahrenzonenpläne und HORA

Die Gefahrenzonenpläne geben konkrete und genau Information über die Hochwassergefährdung von Grundstücken. Von der Wildbach- und Lawinenverbauung sind diese bereits flächendeckend erstellt. Im Zuständigkeitsbereich der Wasserwirtschaft wurden in den letzten Jahren die wesentlichen Pläne erstellt, an einer Vervollständigung wird mit Nachdruck gearbeitet. Die Pläne sind im Vorarlberg-Atlas oder bei der Gemeinde einsehbar: [Geoportal des Landes Vorarlberg](#)

Die Plattform HORA wurde schon vor einigen Jahren vom BML in Abstimmung mit den Bundesländern entwickelt. Es ist dies eine Berechnung auf Grundlage der topografischen Karten. Die Genauigkeit ist deshalb gerade in sehr flachen Gegenden, wie das Rheintal, eingeschränkt, da oft kleine Unebenheiten und Fließhindernisse nicht berücksichtigt werden können. Wichtig ist, dass dort, wo es die genaueren Gefahrenzonenpläne gibt, diese auch eingearbeitet sind und die Seite des Landes verlinkt wird: [HORA - Natural Hazard Overview & Risk Assessment Austria](#)

Anpassung an das sich verändernde Klima

Die Anpassung an das sich verändernde Klima ist ein wichtiges Thema der Wasserwirtschaftsstrategie des Landes. Aktuell wird vom Bund in Abstimmung mit den Ländern die Grundlagenstudie zu den erwartbaren Auswirkungen aktualisiert. Es geht hier natürlich auch um die Auswirkungen von längeren Hitze- und Trockenperioden.

Eine der wesentlichen Auswirkungen ist die Zunahme von kleinräumigen Starkregenereignissen, wie etwa im heurigen Sommer an der Leiblach. Sie führen zur Überlastung der Siedlungsentwässerung und zu Überflutungen von kleinen Gerinnen. Auch zu Hangrutschungen und Murgängen (Silvretta, Arlberg). Ob das sich verändernde Klima tatsächlich auch eine Häufung der großen Hochwasserereignisse in großen Einzugsgebieten wie Ill, Bregenzerach oder Rhein bringt, ist Gegenstand aktuell laufender Studien des Bundes gemeinsam mit den Ländern.

Bei der Bemessung der Abflussprofile sind die erforderlichen Sicherheiten zu berücksichtigen, wie Geschiebeanlandungen an Sohle und Freibord zur Verhinderung von Verklausungen. Die Wildbach- und Lawinenverbauung berücksichtigt zusätzlich noch einen hohen Geschiebeanteil bei ihren Wildbächen. In den vergangenen Jahren wurden die Bemessungswerte der konkreten Projekte diese nötigen Sicherheiten berücksichtigt. So wurde etwa die Ill auf einen Hochwasserabfluss von 820 m³/s ausgebaut (zur Veranschaulichung: beim Hochwasser 2005 waren dort 720 m³/s Abfluss). Die Bregenzerach wurde auf einen Hochwasserabfluss von 1.450 m³/s ausgebaut (2005: 1.350 m³/s).

„Zur Anpassung an das sich verändernde Klima sind konsequent und mit Hausverstand Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes fortzusetzen“, so Landesrat Gantner. Immer häufigere Extremwetterereignisse erfordern eine kontinuierliche Stärkung der Investitionen in den Hochwasserschutz. Ebenso wichtig sind die verstärkte Information der Bevölkerung und der Appell zur Eigenvorsorge.

Neben dem konsequenten Integralen Hochwasserschutz braucht es auch Maßnahmen der Entsiegelung und Versickerung im Siedlungsbereich und Rückhalt von Regenwasser im privaten und öffentlichen Siedlungsbau. Dieses „Regenwassermanagement“ im öffentlichen Bereich wird auch seit zwei Jahren von Land und Bund finanziell gefördert.

Derzeit laufende Hochwasserschutzprojekte:

- Thüringen-Bludesch: Entlastungsleitung Schwarzbach
Gesamtkosten 12,8 Millionen Euro
davon Landesmittel 5,1 Millionen Euro (40 Prozent)
- Feldkirch, Wasserverband Ill-Walgau: Hochwasserschutz Ill, Aufweitung Kapfchlucht, Neubau Landesstraßenbrücke
Gesamtkosten 24,0 Millionen Euro
davon Landesmittel 9,0 Millionen Euro (40 Prozent)
- Götzis: Emmebach, Rückhaltebecken Örfla
Gesamtkosten 6,4 Millionen Euro
davon Landesmittel 2,6 Millionen Euro (40 Prozent)
- Hörbranz: Längsausbau am Ruggbach
Gesamtkosten 7,8 Millionen Euro
davon Landesmittel 3,1 Millionen Euro (40 Prozent)

Großes Augenmerk wird auch der Renaturierung von Gewässern gewidmet. Ein großes Projekt ist in den nächsten Jahren an dem sechs Kilometer langen Abschnitt der Dornbirnerach bis zu ihrer Mündung in den Bodensee vorgesehen (veranschlagte Gesamtkosten: 16 Millionen Euro).

Im Zuständigkeitsbereich der Wildbach- und Lawinenverbauung sind weitere wichtige aktuelle Projekte zu nennen:

- Hörbranz: Rutschung Hochreute
Gesamtkosten 4,6 Millionen Euro (20 Prozent Landesmittel)
- Mittelberg: Flächenwirtschaftliches Projekt Heuberg
Gesamtkosten 9,0 Millionen Euro (20 Prozent Landesmittel)
- Nenzing: Galina
Gesamtkosten 4,2 Millionen Euro (17 Prozent Landesmittel)
- St. Gallenkirch: Balbierbach
Gesamtkosten 5,35 Millionen Euro (17 Prozent Landesmittel)

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse

presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095

Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar